



MEDIENMITTEILUNG

Wettbewerbsnachteile beeinträchtigen Schweizer Wehrtechnik-Industrie spürbar

Zürich, 21. Februar 2017 – Die Schweizer Sicherheits- und Wehrtechnikindustrie kämpft nicht nur gegen die Folgen des starken Frankens, sondern auch gegen die unverhältnismässig restriktive Exportbewilligungspraxis. Der Export von Kriegsmaterial ist 2016 gegenüber dem Vorjahr von 447 Millionen Franken auf 412 Millionen Franken gesunken. Die bedrohliche Situation der einheimischen Rüstungsindustrie und zahlreicher KMU-Zulieferer widerspiegelt sich in der erneuten Abnahme der Ausfuhren nach Europa, dem mit Abstand wichtigsten Absatzmarkt.

Die gesamte Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie ist aufgrund des starken Frankens unter Druck und die Zukunft vieler Betriebe ist ungewiss. Der starke Franken allein wäre für die heimische Sicherheits- und Wehrtechnikindustrie Herausforderung genug. Aber das restriktive Bewilligungsregime droht das Fass zum Überlaufen zu bringen. Seit die Kriegsmaterialverordnung im Jahr 2008 um fünf Ausschlusskriterien ergänzt und somit verschärft wurde, verläuft die Entwicklung bei den Exporten gefährlich nach unten. Die restriktive Exportbewilligungspraxis gepaart mit dem starken Franken ist für die Schweizer Rüstungsindustrie mit ihren wertvollen industriellen Arbeitsplätzen und dem während Jahrzehnten aufgebautem Know-how eine existenzielle Bedrohung.

Keine Subventionen, sondern gleich lange Spiesse für die europäische Konkurrenz

Die Sicherheits- und Wehrtechnikindustrie hat den gesetzlichen Auftrag Ressourcen und industrielles Know-how zur Gewährleistung der Landesverteidigung zur Verfügung zu stellen. Um diesem Auftrag gerecht zu werden, ist die hiesige Industrie auf intakte Exportmöglichkeiten angewiesen, da der heimische Markt für wehrtechnische Güter stetig schrumpft. Wie die aktuellen Ausfuhrzahlen zeigen, kann von intakten Exportmöglichkeiten keine Rede sein. Die Nachfrage aus dem Euroraum geht kontinuierlich zurück und die Exportchancen in die neuen Wachstumsmärkte des Mittleren Ostens und Asiens werden durch das restriktive Bewilligungsregime unverhältnismässig zurückgebunden. Die äusserst strenge Exportbewilligungspraxis benachteiligt die Schweizer Anbieter im Vergleich zu den europäischen Konkurrenten massiv. Der asuw erwartet vom Bundesrat keine Subventionen, sondern eine Orientierung an der europäischen Bewilligungspraxis und Nutzung des vorhandenen Ermessensspielraums.

Für weitere Informationen:

Arbeitskreis Sicherheit und Wehrtechnik
Postfach 2407
8021 Zürich 1
E-Mail: mail@asuw.ch

Nationalrätin
Corina Eichenberger
Co-Präsidentin
Tel. 079 330 40 49

Ständerat
Isidor Baumann
Co-Präsident
Tel. 079 388 39 33

Nationalrat
Jean-François Rime
Co-Präsident
Tel. 079 230 24 03

Der Arbeitskreis Sicherheit und Wehrtechnik (asuw) ist eine Interessengruppe für die Schweizer Sicherheits- und Wehrtechnikindustrie. Ihm gehören rund siebzig Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft an. Der asuw setzt sich für gesetzgeberische und politische Rahmenbedingungen ein, welche der Industrie eine wirtschaftliche Existenz in der Schweiz ermöglichen. Dazu gehört insbesondere ein Exportregime, das sich an den Regeln und der Praxis der europäischen Partnerstaaten orientiert.